5 Pfennig.
Vormittags-Ausgabe.

Kriegs-Zeitung der General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

5 Pfennig.
Vormittags-Ausgabe.

Verlagsgebäude: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Dachritzstraße 12 bis 14 bezw. Bötticherstraße 7. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Sammelnummer 7981.
Hauptfilialen: Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. Nr. 2981) und Brunnenstraße 49 in Giebichenstein (Tel. Nr. 1403). Verantwortlich für die Redaktion: Otto Becker in Halle a. S.

Nummer 15 — Halle, Dienstag den 15. Januar — 1918

Schärfere Tonart in Brest-Litowsk.

Die Territorialfragen in der Kommission.

(W. T. B.) Brest Litowsk, 13. Januar. Die am 11. d. M. konstituierte deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission für Beratung der territorialen Fragen hielt am 11. und 12. d. Mts. drei lange Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen:

Zunächst wurde festgestellt, daß an erster Stelle des abzuschließenden Friedensvertrages die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den kriegführenden Teilen ausgesprochen werden soll. Dagegen lehnte es Trotzki ab, anschließend hieran, auszusprechen, daß die vertragsabschließenden Teile entschlossen seien, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben. Herr Trotzki fand, daß diese letztere Phrase sei. Nach einer Diskussion wurde beschlossen, auf den Gegenstand in einem späteren Zeitpunkt nochmals zurückzukommen.

Im weiteren Verlauf der Besprechungen wurde festgestellt, daß ein Einvernehmen darüber herrsche, die Räumung der von den kriegführenden besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage der vollen Gegenseitigkeit zu stellen. In einem späteren Zeitpunkt der Verhandlungen wurde Persien aus diesem Zusammenhange gestrichen, da es nicht kriegführender Teil sei. Es kam dann die Frage zur Besprechung, zu welchem Zeitpunkt die Räumung der besetzten Gebiete zu erfolgen haben werde. Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Räumung an den Zeitpunkt zu knüpfen, an welchem nach Friedensschluß Rußland seine Streitkräfte demobilisiert haben werde. Trotzki sprach demgegenüber den Wunsch aus, die Räumung der besetzten Gebiete prinzipiell mit dem Verlauf der beiderseitigen Demobilisierungen durchzuführen.

Nach einem Hinweis des Herrn von Kühlmann darauf, daß nach dem russischen Vorschlag die Räumung der besetzten Gebiete sich bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens hinziehen müßte, wurde die Beratung über diesen Punkt abgebrochen.

Das Selbstbestimmungsrecht der besetzten Gebiete.

Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete sich die Räumung zu erstrecken habe. Hierzu führte der Staatssekretär von Kühlmann aus: Wie aus der Definition der Räumung hervorgeht, erstreckt sie sich nur auf diejenigen besetzten Gebiete, welche nach Teile des Staatsgebietes derjenigen Macht sind, mit der der Friede geschlossen wird. Auf solche Gebiete, welche bei Eintritt des Friedens nicht mehr Teile dieses Staatsgebietes bilden, erstreckt sie sich nicht.

Es würde also in eine Untersuchung hineinreichen sein, welche Teile des russischen Gebietes bei Eintritt des Friedens zu diesen russischen Gebiete gehörig betrachtet werden können. Wir behaupten, daß in Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in einem Teile der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völker de facto zu vertretenden bevollmächtigten Körperschaften ihr Selbstbestimmungsrecht ausgeübt haben, denn daß diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reiche in seinem ehemaligen Umfange gehörig betrachtet werden können.

Hierauf erklärte Trotzki: Wir können die Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung nicht anders anerkennen als gegenüber den Völkern selbst und nicht einig gegenüber gewissen privilegierten Teile desselben. Wir müssen die Auffassung des Vorliegenden der deutschen Delegation ablehnen, welche dahin ging, daß sich der Wille von den besetzten Gebieten durch tatsächlich bevollmächtigte Organe geäußert. Denn diese tatsächlich bevollmächtigten Organe konnten sich nicht berufen auf die von uns proklamierten Prinzipien.

Anknüpfend an diese prinzipiellen Ausführungen entwickelte sich eine lange Debatte.

Staatssekretär von Kühlmann erklärte: Unsere Auffassung geht dahin, daß die Staatspersönlichkeit besteht und in der Lage ist, rechtsverbindliche Erklärungen über die Grundlage ihres Daseins abzugeben, sobald irgend einer zur Vertretung und als Sprachrohr geeigneter Verkehrskörper als Ausdruck des unzweideutigen Willens der überwiegenden Mehrheit des betreffenden Volkes den Entschluß zur Selbständigkeit und zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts kundgibt. Hierbei wies Kühlmann auf die Beispiele Finnlands und der Ukraine hin, welche sich in im Sinne der deutscherseits entwickelten Grundsätze konstituiert hätten und welchen die Petersburger Regierung die Selbständigkeit zuerkannt habe.

Demgegenüber bemerkte Trotzki: Finnland war nicht okkupiert von fremden Truppen. Der Wille des finnländischen Volkes hat sich in einer Art und Weise geäußert, die als demokratisch bezeichnet werden kann und muß, und den unserer Seite kaum mit die leiseste Einwendung dagegen erhoben werden, daß der geäußerte Wille des finnländischen Volkes auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird.

Was die Ukraine anbetrifft, so ist dort der Ursach einer derartigen demokratischen Selbstbestimmung noch nicht durchgeführt. Da aber die Ukraine andererseits nicht besetzt ist von ausländischen Truppen und die Räumung des ukrainischen Gebietes durch die russischen Truppen keinerlei Schwierigkeiten bereiten kann, so sehen wir keinerlei Hindernisse dagegen, daß die Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes auf dem Wege der Anerkennung der unabhängigen ukrainischen Republik erfolgt.

Aus den weiteren Verhandlungen stellte zusammenfassend Staatssekretär von Kühlmann fest:

Trotzki scheine bereits die in den besetzten Gebieten vorhandenen Organe der Volksvertreter als provisorische Organe anzuerkennen, wenn diese Landesteile nicht militärisch besetzt wären und er würde diesen dann auch die Befugnis zuerkennen, das von ihm geforderte Referendum durchzuführen.

Herr Trotzki erklärte hierauf, daß Aeußerungen vom Landtage, Volksvertretungen und dergl. als Aeußerungen des Willens eines bestimmten einflußreichen Teiles der Bevölkerung aufgefaßt werden könnten, die aber nur Grund zur Annahme bildeten, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden sei. Hieraus ergäbe sich die Schlußfolgerung, daß ein Referendum eingeholt werden müsse, wenn aber die Scharfung eines Organs Vorbedingung sei, daß die freie Abstimmung der Völker garantieren könne.

Im weiteren Verlaufe der Besprechungen erklärte Trotzki, daß zwischen den Erklärungen der Zentralmächte vom 25. Dezember und der Formulierung der Punkte 1 und 2 vom 27. Dezember ein Widerspruch bestehe.

Staatssekretär von Kühlmann erklärte demgegenüber, daß beide Dokumente Ausflüsse desselben Geistes und derselben Politik, wie sie der Reichskanzler in seiner programmatischen Rede im Reichstage angekündigt habe. Diese Rede habe im Grunde genommen die Deklaration der Verbündeten vom 25. Dezember enthalten und ebenso auch den Hinweis gebracht, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu Polen, Litauen und Kurland unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu pflegen beabsichtige. Des weiteren stellte sich Staatssekretär von Kühlmann auf den Standpunkt, daß die nach Abänderung strebenden Teile Rußlands nach Abgabe der Unabhängigkeitserklärungen der schon bestehenden Organe schon jetzt bereitet seien, Verabredungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und nötig halten. Sollten sich in diesen Verabredungen Verfügungen hinsichtlich der Vornahme von Grenzkorrekturen finden, so sei es nicht einleuchtend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie in anderen.

Herr Trotzki glaubte in dieser Auffassung eine Untergrabung des Grundsatzes der Selbstbestimmung erblicken zu müssen und warf die Frage auf, warum denn die Organe der fraglichen Völkerschaften dann nicht zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingeladen worden seien, wenn sie sogar das Recht haben sollten, über Gebietsteile zu verfügen. An eine solche Teilnahme der Vertreter dieser Völker an den Verhandlungen werde aber natürlich nicht gedacht, weil eben diese Nationen nicht als Subjekte sondern als Objekte der Verhandlungen betrachtet würden.

In Erwiderung auf diese Bemerkungen führte Staatssekretär von Kühlmann aus: Ich bin gerne bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Vertretern der fraglichen Nationen an unseren Besprechungen sich ermöglichen ließ.

Minister Graf Czernin äußerte gleichfalls seine Bereitwilligkeit, der Frage der Heranziehung von Vertretern der besprochenen Gebiete näherzutreten, fügte aber hinzu, er wünsche zu wissen, in welcher Weise die Auswahl dieser Vertreter getroffen werden sollte, wenn russischerseits die in diesen Gebieten bestehenden Vertretungskörper nicht als berechtigt angesehen würden. Im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen.

Trotzki bemerkte hierauf, die Sitzung zu vertagen, um es der russischen Delegation zu ermöglichen, eine Weisung abzuholen und sich mit ihrer Regierung ins Benehmen zu setzen.

In der Sitzung vom 12. Januar resümierte Staatssekretär von Kühlmann das Ergebnis der vorhergegangenen Beratungen und wünschte dabei Erklärungen der russischen Delegation über die Ausdrücke „Subjekte und Objekte" der Diskussion.

Der Delegierte Kamenow schlug vor, daß beide Seiten in einer schriftlichen Zusammenfassung ihre während der Diskussion entwickelte Auffassung darlegen. Zu Ausführung dieses Vorschlages stellte die russische Delegation fest, daß während der Okkupation weder in Polen, noch in Litauen, noch in Kurland irgendwelche Manifestationen gewaltsame Demonstrationen gegen die Besetzung stattgefunden hätten. Die russische Regierung stehe auf der Position der Unabhängigkeit der fraglichen Gebiete, sie habe die Absicht, diese Gebiete irgendwelche Vergewaltigung angedeihen zu lassen. Sie sehe ihre Aufgabe lediglich in der Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung, sowohl der äußeren Staatseinrichtung, wie der innerpolitischen Lage der genannten Gebiete. Dann bedürfe es der vorhergehenden Verständigung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf der einen und Rußland auf der anderen Seite über den Umfang des Territoriums, dessen Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht ausüben soll, in bezug auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, in bezug auf das Ueberwachungsregime bis zur endgültigen staatlichen Konstituierung dieser Gebiete sowie in bezug auf die Art und Form der Kundgebung des Willens der Bevölkerung dieser Gebiete. Die Gesamtheit der Antworten auf diese Fragen würde den Paragraphen 2 des russischen Vorschlages vom 28. Dezember zu erfüllen haben.

Rußland schlage vor, das Selbstbestimmungsrecht den Nationen zu gewähren, also auch den Teilen, die außerhalb Besitzungszone leben. Deutschland und Oesterreich-Ungarn sollten ihrerseits kategorisch erklären, daß sie keine Annexionsabsichten auf die Gebiete haben, die sie besetzt hätten. Die Abstimmung soll nach Meinung der russischen Regierung nach Rückkehr der Flüchtlinge wie der evakuierten Bevölkerung stattfinden. Der Zeitpunkt der Zurückziehung der Heere soll durch eine besondere Kommission bestimmt werden, entsprechend der Lage der Transportmittel usw. Der Schutz der Ordnung soll dem Nationalheere und lokalen Milizen obliegen, den Flüchtlingen und Evakuierten die volle Freiheit und materielle Möglichkeit der Rückkehr gegeben werden. Von der Unterzeichnung des Friedens bis zur endgültigen staatlichen Konstituierung soll die innere Verwaltung in die Hände eines temporären Organs übergehen, das durch Vereinbarung der politischen Parteien gebildet werde. Die endgültige Entscheidung über die Staatslage der Gebiete und ihrer Staatseinrichtungen soll durch ein allgemeines Referendum erfolgen.

Die Oberste Heeresleitung lehnt eine Räumung von Kurland, Litauen, Riga und den Inseln ab.

General Hoffmann führte demgegenüber aus: Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation bricht mit uns, als ob sie siegreich in unseren Lande stünde und uns Bedingungen diktieren könnte. Die Tatsachen sind entgegengesetzt. Das siegreiche deutsche Heer steht in ihrem Gebiet. Ich möchte dann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker in einer Weise und in einem Umfange fordert, wie es ihre Regierung im eigenen Lande nicht anwendet. Ihre Regierung ist gegründet lediglich auf Macht, die rücksichtslos mit Gewalt jeden Andersdenkenden unterdrückt. Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine Einmischung in der Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen. Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihren Wunsch der Lostrennung von Rußland bereits klar und unzweideutig ausgesprochen. Aus verwaltungstechnischen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung eine Räumung von Kurland, Litauen, Riga und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen.

Staatssekretär von Kühlmann erklärte, daß der Vorschlag der russischen Delegation, die Delegationen sollten sich gegenseitig formulierte Schriftstücke vorlegen, weder zur Beschleunigung der Verhandlungen beitragen werde, noch die Aussichten der Verhandlungen in besonders rosigem Lichte erscheinen lasse.

Hierauf erklärte Trotzki, es sei nicht ihre Absicht, die Technik der Verhandlungen zu erschweren, aber sein Vorschlag müßte zur Diskussion gestellt werden, und sie würden sich das Recht vorbehalten, im Laufe der weiteren Verhandlungen zu der allgemeinen Debatte etwas als fehlen oder zu einzelnen Teilen derselben zurückzukehren, ohne in irgendeiner Weise der Gegenpartei eine ähnliche Behandlung der Angelegenheit aufzuzwingen zu wollen.

Staatssekretär von Kühlmann erwiderte: Ich kann diesen Vorschlag nicht annehmen. Das Vorhandensein schriftlich formulierter, ausgearbeiteter Vorschläge seinen auf der anderen Seite keine entsprechende Gegenformulierung entgegengestellt wird, würde bringen, ohne erforderlich sein. Ich muß deshalb an meiner Auffassung festhalten, daß der irgendwelcher Stellungnahme meinerseits zu der soeben dem gegenwärtigen Beratungen der Landesangehörigen könne.

Die Sitzung wurde hierauf aufgehoben. Eine neue Sitzung ist noch nicht anberaumt.

Die Beratungen in Berlin.

(W. T. B.) Berlin, 15. Januar. (Amtlich.) Se. Majestät der Kaiser empfing gestern Se. Kgl. Hoheit den Kronprinzen, den Reichskanzler und den Generalfeldmarschall von Hindenburg. Ferner hörte Se. Majestät den Generalstabsbericht des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und den Vortrag des Unterstaatssekretärs v. d. Bussche.

Tatsachen und Gerüchte.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: unterm 13. Januar redaktionell:

Der Reichskanzler Dr. Graf von Hertling hat in den letzten Tagen mehrfach Se. Majestät dem Kaiser Vortrag gehalten und zahlreiche Besprechungen gehabt. Eine verantwortungsvolle Aufgabe hat gestellen dem Reichskanzler und den darunter hier anwesenden Heeresführern standgefunden. Die Mitteilungen über einen heute einberufenen Kronrat sind unrichtig. Es liegen keine sachlichen Differenzen vor, die eine Entscheidung des Kronrates verlangten. Auch sonst gehen mancherlei unrichtige Nachrichten durch einzelne Blätter. So wird gemeldet, daß der Staatssekretär von Kühlmann und der Botschafter Graf Brockdorff in Berlin eingetroffen seien. Beide Angaben sind falsch.

Die Kanzlerrede weiter verschoben.

Berlin, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie wir hören, wird der Reichskanzler nicht schon am Mittwoch im Hauptausschuß des Reichstages, sondern erst einige Tage später sprechen.

Die polnische Frage.

Berlin, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Gegenüber Zeitungsmeldungen, daß eine Aenderung in der Auffassung über die Entwicklung Polens eingetreten sei, erfahren wir, daß im bisherigen Gang der Angelegenheit sich nichts geändert hat.

*

Montenegriner liefern die Waffen ab.

(W. T. B.) Wien, 13. Januar. Vom Kriegspressequartier wird gemeldet: Der ehemalige montenegrinische Kriegsminister und General Radomir Vesović hat sich mit seinem Anhange, unter welchem sich der gewesene montenegrinische Justizminister Miloslov Raičević befindet, beim Bezirkskommando Andrijevica gestellt und befolgt die Waffen abgeliefert. Die Genannten werden, da sie sich innerhalb der gestellten Frist den k. und k. Behörden gestellt haben, des anläßlich des Kaiserlichen Geburtsfestes erlassenen Gnadenaktes teilhaftig.

Teuerungsdemonstrationen in Spanien.

ep. Paris, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Depesche aus Madrid ist in der Provinz Valencia der Generalstreik ausgebrochen. Für heute erwartet man den Generalstreik in ganz Spanien. Die Streikbewegung hängt mit der Lebensmittelteuerung zusammen.

Das „Journal" meldet aus Madrid: In Barcelona fanden Teuerungsdemonstrationen zu starken Ausschreitungen. Die Theater wurden von der Menge gestürmt, die Cafés und Bars wurden geplündert. Die Zahl der Verhafteten ist groß.

ep. Paris, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Blätter erfahren aus Moskau: Der Lebensmittelmangel verschlimmert sich von Tag zu Tag. Die tägliche Brotration wurde auf 100 Gramm herabgesetzt. Unter dem Titel König Hunger wurde ein neues Blatt gegründet.

*

(W. T. B.) Berlin, 14. Januar, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

ep. Paris, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Gerichtsverhandlung gegen Bolo Pascha wurde auf den 4. Februar festgesetzt.

(T. U.) Lugano, 14. Januar. Gestern verspürte man in Mailand zwei starke Erdstöße in der Richtung Monza—Brera—Biella. Die Landbevölkerung flüchtete trotz der unbedeuten Kälte ins Freie.

(T. U.) Amsterdam, 14. Januar. Ein dieser Tage wallen: In der Nähe von Wolferen wurden mehrere Leichen von englischen Matrosen angespült. Man bringt diesen Fund mit dem Untergang von drei englischen Torpedobooten vor einigen Wochen in Zusammenhang.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853246-191801158/fragment/page=0001

Bericht der Obersten Heeresleitung.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 14. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz:
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Feuertätigkeit blieb tagsüber meist auf Störungsfeuer beschränkt. In einzelnen Abschnitten, besonders beiderseits von Lens, war sie am Abend gesteigert.

Aufklärungsabteilungen drangen südöstlich von Armentières und nördlich von La Vacquerie in die englischen Gräben und machten Gefangene.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

Abgesehen von erfolgreichen Erkundungsgefechten in der Gegend von Juvincourt und auf dem Westufer der Maas verlief der Tag ohne besondere Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Mazedonische Front:

Westlich vom Ochrida-See, am Dobropolje und südwestlich vom Doiran-See Artillerietätigkeit.

Italienische Front:

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Zum Jahrestage der Schlacht bei Soissons.

(12. bis 14. Januar 1915.)

I.

Das Jahr 1914 hatte uns durch unsere Siege in Belgien und Nordfrankreich zwar Vieles gebracht, der Endzweck, die Franzosen entscheidend zu schlagen und damit zum raschen Frieden zu zwingen war jedoch wegen der Ereignisse im Osten nicht erreicht worden. Immerhin war das nördliche Frankreich bis zur Aisne in festem deutschen Besitz, ebenso fast ganz Belgien.

Das besetzte Gebiet, in der Hauptsache wertvolles Industrieland, war für den Feind ein besonders schmerzlicher Verlust. Für uns hatte es hohen wirtschaftlichen Wert. Der größte Wert dieses Faustpfandes aber war und ist noch der, daß der Kriegsschauplatz in Feindesland verlegt worden war. Die unmittelbaren Schäden des Krieges hat nicht Deutschland, sondern haben seine Feinde im Westen zu tragen.

So konnte es unserer Heeresleitung gleichgültig sein, wenn es vert im Westen zunächst keine weiteren Entscheidungen fielen, wir suchten und fanden unsere Entscheidungen im Osten, wo wir am 6. Dezember 1914 die gewaltige große russische Offensive in der Schlacht bei Lodz zerschlugen.

Inzwischen nutzten die Franzosen, mußte Joffre denken: Für ihn kam es darauf an, eine Entscheidung zu erzwingen, und aus Frankreich durch offensive Maßnahmen baldigst zu vertreiben und gleichzeitig damit die Russen zu entlasten. Dies konnte er nur durch Ablösung des Stellungskrieges durch den Bewegungskrieg erreichen, und so ergab sich das Bild, daß wir im Osten die Entscheidung durch den Bewegungskrieg suchten und fanden, die Franzosen in Gegenteil nicht mit Engländern die Entscheidung im Westen suchten und nicht fanden.

In der Kette der Joffreschen Durchbruchs- und Abnutzungsversuche des Jahres 1915 bildet die Schlacht bei Soissons ein Glied, das sich durch die Arrière von Reuve Chavelle, in der Champagne, im Priesterwald östlich Metz, Arras und La Bassée zu einer in Blut getauchten Kette unploser französischer Anstrengungen verlängert.

Schon seit Mitte Dezember 1914 betrieb der französische General Manoury in dem Brückenkopf von Soissons an der Aisne die Vorbereitungen zu einem großartigen Durchstoß unserer Linie auf dem nördlichen Flügel zwischen Berry au Bac und Cuffies. Zwischen beiden genannten Orten mündet das Ivois-Ancebach-Tal in die Aisne. Wurde dieses nach Ueberrennung der deutschen Gräben, die das Tal sperrten, genommen, so war der Durchbruch in Richtung auf den Aletteplateau, auf Laon, in greifbare Nähe gerückt und konnte die ganze deutsche Westfront zum Wanken bringen; denn eine Tiefe der Verteidigung, wie sie jetzt unsere Westfront aufweist, kannte man damals noch nicht.

So baute die französische Führung in dem nach Norden bei Soissons breit ausladenden Aisne-Bogen ihr, besten Angriffstruppen zusammen, französische Infanterie, Jäger und Afrikaner. In mühseliger Arbeit wurden zahlreiche Straße und Laufgräben über die Aisne geschoffen, in ebenso mühseliger Arbeit gedieh der Sappenangriff gegen das Plateau von Vregny gegen die Höhe von Crony und gegen unsere Stellungen vom Joissenne Bach bis Cuffies. Dieses Bachtal selbst wurde durch die in unserer Hand befindliche Höhe 132, die sich wie ein breit ausladender Riegel sperrend vor seinen Eingang lente, geschützt. Erst wenn diese im feindlichen Besitz war, konnte der Gesamtangriff glücken. Der Höhe war noch nicht so einfach beizukommen. Ein Gewirr von Erdwerken und Unterständen hatten die Brandenburger, das Leibgrenadierregiment Nr. 8, dort geschaffen. Also entschloß sich der Franzose zum Maskenangriff, zur Sprengung. In wochenlanger Arbeit hatten die französischen Sappeure den Eingang der Höhe durch Stollen unterwühlt, Sprengladungen hereingeschleppt und zündbereit gemacht. Während so unter der Erde der Angriff gedieh, zerpflügten die Geschosse der überlegenen französischen Artillerie von Januarbeginn unsere Gräben, wandelten die Stellungen des brandenburgischen 3. Korps in Trümmer und Lehmklumpen.

General Manoury war sich darüber klar, daß erst die Höhe 132 fallen mußte, ehe sich ihm die Aussicht auf Durchbruch der deutschen Aisne-Stellung öffnete. So begann am 8. Januar das Vorspiel zur Schlacht bei Soissons mit den Teilangriffen gegen Höhe 132 und unsere Stellungen im Joissenne-Bach-Tal. Aber weder die am 8. Januar erfolgenden Sprengungen, die einen Teil der Höhengräben verschütteten, noch das gleichzeitig einsetzende schwere Geschützfeuer vermochten die tapferen Verteidiger, die Leibgrenadiere, zu erschüttern; ebensowenig wichen im Talgrunde die Brandenburger Jäger und auf der Offseite die tapferen 48er. Die anstürmenden Feindesmassen, gemischt aus Jägern und Afrikanern, die aus der Gegend von Crony vorbrachen, konnten daher nur unvermutliche Geschenke in ihre Hand nehmen. Ungestümer Gegenstoß der Leibgrenadiere aus ihren zerschossenen und zerwühlten Gräben heraus brachte den Feindansturm zum Stehen, die Franzosen klebten an und in unserer vordersten Linie — der erste Stoß war gescheitert.

Doch die französische Führung suchte die Entscheidung. Am 10. Januar setzte ein neuer Gewaltstoß gegen das Joissennebachtal selbst ein, dem ein gewaltiges Vorbereitungsfeuer vorausging. So gedachte der Feind die Höhe 132 sowie die Steinbrüche von Perrière nach gelungenem Durchstoß in der Tiefe flankierend und umfassend zu packen und dadurch die deutsche Verteidigung zu beiden Seiten des Bachtales auseinanderzusprengen.

Der Angriff glückte teilweise. Der Ostberg der Höhe 132 fiel in Feindeshand, am 11. Januar fiel auch die Taspierre nördlich Crony. Das Tal schien sich zu öffnen, der Durchbruch rückte in greifbare Nähe. Da mit war die Entscheidung der nun zur Schlacht auswachsenden Kämpfe herangereift.

Nur großzügige Gegenmaßnahmen unserseits konnten das Schicksal wenden, das dem III. Korps und damit der Aisnefront drohte. Es galt einen schnellen Entschluß zu fassen, und dieser fiel auf umfassenden Gegenangriff. Hierzu mußten alle verfügbaren Reserven herbeigeführt werden, in fieberhafter Eile strebten Infanterie, Artillerie und Munitionskolonnen vom Alettegrunde aus den Schlachtfelde zu, wo sich am 12. Januar der Entscheidungskampf unter den Augen des Kaisers entwickeln sollte.

II.

Diese Entscheidung wurde von beiden Parteien für den 12. Januar gesucht. Manoury wollte frontal in der Mitte der Angriffsfront im Joissenbachtal und auf den begleitenden Höhenrändern durchbrechen, um dann seinen Angriff in breiterer Front rechts und links auszuschießen zu lassen.

General von Lochow wollte seine Mitte verhalten und durch den Druck auf seinen äußeren Angriffsflügeln eine wirksame Zange bilden, die den Angreifer abschneiden sollte.

Gewaltiges beiderseitiges Artilleriefeuer leitete den Schlachttag des 12. Januar ein; während bei Tagesanbruch nähe feindliche Anstürme in der Mitte der Angriffsfront stellenweise zu örtlichen Erfolgen führten, brach aus den Steinbrüchen von Perrière der brandenburgische Sturmangriff der Jäger und 48er hervor und wälzte sich bei strömendem Regen durch Sumpf und zähen Lehmbrei über die bereits zum Angriff gefüllten französischen Gräben östlich von Crouy. In einer knappen halben Stunde ist der Kampf hier entschieden, ohne Spiesel und Strümpfe, mit verdächterten und vom Lehm verstopften Gewehrläufen haben die Brandenburger den Feind mit der blanken Waffe und dem Kolben erledigt; sie schwenken weiter herum gegen das Dorf Crouy und drohen bereits den Ostbang der Höhe 132 zu flankieren.

Schon sei diesem Augenblick haben die Leibgrenadiere und Teile der Jäger auf der Hochfläche von Cuffies stillgelegen und gewartet. Nun bricht auch hier der Sturm los. In unwiderstehlichem Schwung stürmen die durchnäßten, von braunem Lehm fast unkenntlich gemachten Brandenburger die vordersten feindlichen Linien der Höhe 132 von Nordwesten her und gewinnen fast ein Kilometer Gelände nach vorne, bis rasendes Flankenfeuer von Cuffies her sie zu Boden zwingt. . . .

Die Lage für Manoury ist bedrohlich geworden. Seine Angriffsmittel scheint ihm gefährdet; darthin schiebt und ballt er seine Reserven und zieht in Eile Verstärkungen heran. Am 13. Januar hofft er das Schicksal dort noch wenden zu können. Da bricht auf dem äußersten linken deutschen Flügel der Sturm los und fegt die Franzosen über Vregny und Chivres herab zu den Hängen des Aisnetals, wo sie sich mühsam zu halten versuchen. Vor den Blicken der nachdrängenden Stürmer weitet sich das Aisnetal, sie umfassen den hochgehenden Fluß und die Dörfer bis zu den Türmen von Soissons. Damit liegen die Voraussetzungen im Aisnetal der deutschen Artillerieüberlegenheit frei.

Die gewaltige Umfassung der französischen Angriffstruppen von Osten her rückt in ihr drohendstes Stadium, die Orrschaften und Aisnebrücken im Rücken des französischen Angriffs geraten unter deutsches Feuer. Letzter verzweifelter Widerstand hallt sich um das Dorf Crouy zusammen. Da tritt auch noch der rechte Flügel der Division Wichura, der am 12. Januar mit seinem Angriffsstoß bis in die eigenen alten Gräben an der Höhe 132 gelangt war, zu weiterer Umfassung von Westen her an. Diese glückt, die Zange der nunmehr doppelten Umfassung wirkt. Der rechte französische Flügel weicht unter schwerem Verlusten über die Aisne bei Missy und Venizel zurück, überall Gefangene in den Händen des Verfolgers lassend. Noch kritischer gestaltet sich die Lage am linken französischen Flügel und in der Mitte. Mißlang Schaffs Manoueren eine Aufnahmestellung auf dem Südufer der Aisnemündung östlich von Soissons, um die Stadt selbst zu retten. Das Verhängnis der bei Crouy und im Joissennegrund derzweifelt ringenden französischen Regimenter vermag er jedoch nicht mehr abzuwenden; sie gehen verloren, während Teile der Leibgrenadiere vorübergehend sogar bis nach St. Médard, der Vorstadt Soissons, hineindringen.

In der Nacht vom 14. zum 15. Januar schwinden die Reste der französischen Angriffstruppen auf das südliche Aisneufer, über 5000 Gefangene und 35 Geschütze, darunter 15 schwere, sind die Siegesbeute der Brandenburger.

Mustergültige Zähigkeit und brandenburgischer Siegeswille haben bei Soissons die welsche Uebermacht zu Paaren getrieben.

Die gegenwärtige Parteilage in Polen.

(Von einem polnischen Publizisten.)

Die Zeit rückt vor; der polnische Staat findet, wenn auch langsam, seine Organisation. Aber dennoch kann man nicht sagen, daß diese Tatsache irgendwie das Parteileben in Polen seiner Bedeutung nach gehoben hätte. Die Parteien sind hier noch wie vor zahlenmäßig schwach, ihren Programmen unbestimmt, ohne Einfluß auf die Volksgemeinschaft, mehr erste Keime als ausgebildete Organe der öffentlichen Meinung.

Herr Kucharzewski wäre an sich gern bereit, als ein parlamentarischer Minister zu regieren. Er sucht mit den Führern der Parteien beweimilig Fühlung und unterrichtet sie pflichtgemäß über die Ergebnisse seiner Reisen. Die Parteivertreter berichten dann darüber in den Versammlungen ihrer Parteien. Dennoch ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen die öffentliche Meinung noch immer nur brudstückweise und ungenügend unterrichtet. Noch immer ist Polen im allgemeinen und Warschau im besonderen überwuchert von den Parteiflugblättern, Zeitungen und boshafter Klatschereien, die niemand nützen können.

Der Zwischenparteiliche Klub bildet noch immer einen Block, der durch die Kräfte der Opposition zusammengehalten wird. Ebenso bilde einen fest verbundenen oppositionellen Block auch die polnische Linke, die isoell recht einheitlichen Charakter hat. Dagegen haben die gemäßigten Parteien noch wie vor zersplittert. Es ist dies eine Folge davon, daß es an normalen Organen zur Klärung und Leitung der öffentlichen Meinung fehlt.

Auf einer Tagung der P. P. S. die unlängst stattfand, stellten die Sozialisten eine starke Bewegung unter der städtischen und der ländlichen Arbeiterbevölkerung fest. Diese Bewegung greift über den Rahmen der sozialistischen und demokratischen Parteiorganisationen hinaus.

Nebenfalls setzt sich in der polnischen Volksgemeinschaft die Ansicht durch, daß rein politische Programme, mit denen die polnischen Parteien bisher fast ausschließlich arbeiteten, sich in Kurzem als unzureichend herausstellen werden. Ferner ist anzunehmen, daß die Stellung der linken Parteien im Lande sich verstärken werde, während die rechtsstehenden Elemente, aus denen sich der Zwischenparteiliche Klub vornehmlich zusammensetzt, an Bedeutung einbüßen. Endlich erscheint der Wunsch berechtigt, daß die polnischen Ministerien ihre Stellung durch Heranziehung solcher Leute festigen, die das Vertrauen der Linksparteien besitzen, und daß sie den Fragen wirtschaftlicher Reform die größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Die letzten Vorgänge unter den polnischen Parteien lassen sowohl auf der äußersten Linken wie bei den Mittelparteien das Bestreben des Zusammenschlusses erkennen. Einige radikale Gruppen haben sich schon seit längerem zur Partei der Nationalen Unabhängigkeit vereinigt. Diese Organisation ist mit ausführlich begründeten programmatischen Erklärungen hervorgetreten; sie hat sich die französischen radikalen Sozialisten zum Muster genommen, treibt aber deren Ansichten ins Extrem. Auch einige Gruppen des Zentrums haben eine gewisse Konsolidierung dadurch erlangt, daß sie sich um die Idee und das Programmwort der „Nationalen Arbeit" zusammenschlossen. Diese Gruppe besitzt den größten Prozentsatz der Hochstgebildeten des Landes: der Professoren, der Publizisten usw. Fast alle Leute dieser Art haben die Vereinigung demokratischer Parteien verlassen, als sie sich zur Errichtung des polnischen Staates auf der Grundlage des Novemberprogrammes und des Septemberpatents im Gegensatz stellte. Die erwähnte politisch gemäßigte Organisation der Nationalen Arbeit wird, wie es heißt, in sozialer Hinsicht, entschiedene Reformen und entschiedene Mittel verlangen, um die Gefahr der von Osten drohenden Agitation zu verringern.

W. K.

Kriegsallerlei.

Die „furchtbare" Wirkung der U-Boot-Tätigkeit.

Mehr und mehr dämmert es auf den englischen Inseln. Alle prahlerischen Reden von Lloyd George, aller Optimismus der englischen Minister bricht vor den nackten Tatsachen zu, sammen, die von Tag zu Tag eindringlicher den Ernst der U-Boot-Drohung und die immer schwerere werdende Lage der englischen Wirtschaftslebens erhärten. Deshalb hört man aus dem englischen Blätterwalde ein vernehmliches banges Rauschen der Besorgnis ob der drohenden Gefahr. So heißt es z. B. in einer Wochenübersicht der „Daily News and Leader":

„Mit den Angaben über Ankünfte und Abfahrten — einem etwas sinnwidrigen aber unehrlichen System — kann der Ausfall an Schiffsraum trotz aller Bemühungen nicht vertuscht werden. In der vergangenen Woche war der Ausfall an Ein- und Ausfahrten um 800 geringer gegen die Vorwoche. Trotzdem gingen wieder 13 große und 7 kleinere Schiffe verloren. Es kann leider nicht daran gezweifelt werden, daß der Bestand des verfügbaren Schiffsraumes in seiem Niedergang begriffen ist und daß diese plötzlich einsetzenden schweren Verluste auf den Gesamtbestand von furchtbarer Wirkung sein müssen."

In der „Westminster Gazette" hieß es kürzlich u. a.:

„Der Premierminister rief mit seiner angekündigten Verkündung von fünf U-Booten an einem Tage (was inzwischen von amtlicher Seite als unrichtig bezeichnet worden ist) nur einen ganz falschen irreführenden Eindruck hervor. Denn wenn die U-Boote auch nicht das April-Ergebnis beibehalten können, so bleiben doch die Verluste beträchtlich, und wir sind unfähig, die Gesamtverluste dieses Jahres zu ersetzen."

Mit einer gewissen Befriedigung wird man in Deutschland feststellen können, daß die selbstbewußte Sprache der englischen Presse unter der Wucht der U-Boot-Erfolge ganz bedeutend nachgelassen hat, daß im Gegenteil die Versenkungsmeldungen und die aus der Tatsache unserer U-Boote entstandenen Schwierigkeiten ihre Ueberzeugungskraft auf den britischen Stolz geltend machen. Deshalb müssen wir um neuen Jahre mit Befriedigungsvoller Zuversicht dem weiteren raschen Wirken unserer U-Boote entgegen. Ihre harte Arbeit wird zum Ziele führen.

*

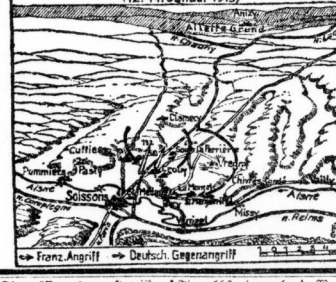
Der kleine Erwin will gerne wissen, woher die Kinder kommen. Da erzählt ihm Mutter die Geschichte vom Storch. „Das möchte ich nicht noch einmal durchmachen!" antwortete der kleine Mann. (Jugend.)

Unser Wandkalender 1918

ist erschienen und für 5 Pfg. in unseren Geschäftsstellen Gr. Ulrichstr. 16, Obere Leipzigerstr. 34 und Brunnenstr. 49 (Gieibichenstein) erhältlich

Nur 5 Pfg.

Generel... zeiger f. Halle u. die Prov. Sachsen.



Rose am Rant.

Roman aus der Kriegszeit von **Matthias Blank.**

19) (Nachdruck verboten.)

Da war Horst von Hartstein bereits dicht vor ihr. Gerda Barinkay angekommen und hielt ganz knapp vor ihr.

Sie strich sich ein paar der goldblonden Haarsträhne von den Schläfen zurück und lächelte:

„Es ist schon so, Herr Hauptmann, daß die Freundschaft von Rose am Rant nur sehr schwer zu gewinnen ist. Und ich liebe treue Tiere."

Dabei versuchte sie es, sich mit einem Schmeicheln zu Rose am Rand niederzubücken, die sofort mit dumpfem Grollen antwortete. Ohne sich aber dabei gegen den erteilten Befehl aufzurichten.

„Verlorene Liebesmüh" erklärte sie dann wiederum lächelnd.

„Sorgen Sie sich auch nicht! Wie aber kommen Sie hier auf das Galgenholz?"

„Wie? Du lieber Gott, die Tage sind jetzt so zu schön! Ich kann mich nicht immer eine Gefangene im Garten von Schloß Bienville sein. Dort ist es etwas zu eng. Und da es doch schon seit ein paar Tagen sehr still ist, als wären die Kämpfe auf beiden Seiten eingeschlafen, so habe ich einen kleinen Spaziergang gemacht. Hier ist es ja doch noch so weit hinter der Front, daß man das wohl wagen darf."

„Sie haben ja Ausweispapiere, gnädige Frau. Aber es könnte sich doch einmal ein Irrläufer hierher verlieren."

„Ich habe schon so viel gesehen und so viel erlebt, daß ich keine Furcht kenne."

„Trotzdem rate ich Ihnen doch, sich von Bienville nicht allzuweit zu entfernen."

„Weshalb, Herr Hauptmann?"

„Weil ein so weites Entfernen ohne nicht erlaubt ist, weil dabei ein Mißverständnis vorkommen kann, und weil eben doch zu rasch eine Gefahr vorhanden sein kann."

„Ich ist doch immer in Bild. Ohne Ausnahme sich ja der Stille etwas vor? Sie müssen es zuerst wissen, Herr Hauptmann, denn Sie sind im Stab einer der arbeitsamsten. Das habe ich schon wiederholt zu hören bekommen.

„Ich weiß nichts! Es ist nur mein wohlmeinender Rat."

„Weiter nichts, Herr Hauptmann? Ich denke etwas anders. So still es auch vorne scheint, auf den Grappenstraßen, in den Stationen und der Reservestellung herrscht um so mehr Lebendigkeit. Ich glaube das Richtige erraten zu haben."

„Ich weiß nichts."

„Sie dürfen nichts wissen. Begreiflich, wenn Sie auch in mir keine Gefahr für solche beabsichtigte Pläne vermuten müssen."

„Ich denke so gewiß nicht." Und um hier von einem Geschäftsthema abzulenken, das ihm unerwünscht schien, fragte er nunmehr:

„Wollen Sie nicht auch nach dem Schloß Bienville zurück?"

„Doch!"

„Erlauben Sie mir, daß ich Sie dabei begleite?"

„Ich sehe es sehr gerne sogar."

Da war Horst von Hartstein auch schon vom Pferde gesprungen, führte dieses am Zaum und ging neben Frau Gerda Barinkay.

Aber als er neben ihr schritt, nachdem er Rose am Rant noch ein paar Befehle gegeben hatte, ihnen zu folgen, hörte das Tier auch ein dumpfes, nurrendes Grollen hören, so daß Frau Gerda Barinkay unwillkürlich ein paar Schritte seitwärts ging.

„Ruhe!"

Und zum ersten Male schlug Horst von Hartstein mit der Peitsche nach Rose am Rant. Der Schlag hatte das Tier nicht getroffen; aber es schien nun weit hinter den Herren her.

Was hatte die Hündin?

Sollte Trude von Geblattel doch mit Recht etwas Böses gegen das Tier empfunden haben? Sollte ein Tier eifersüchtig sein können?

Jedenfalls sollte Rose am Rank gehörigen lernen!

Und es sollte seine Züchtigung mehr von einem Tier abhängig machen! Wann er liebte, dann — dann wollte er nicht erst wieder so große Bedenken haben.

Aber solche ärgerliche Gedanken waren bald geschwunden, denn Frau Gerda Barinkay verstand so zu plaudern, daß bald ein Lachen alle lästigen Gedanken vergessen ließ. Dabei verriet sie oft so naive Urteile und Ansichten besonders wenn das Gespräch zufällig militärische Dinge berührte, daß Horst von Hartstein kaum ein Lächeln unterdrücken konnte.

XIV.

„Sie sind ja so gut, so herzensgut! Und das hilft mir jetzt so sehr, da ich doch meine letzte Freude und meine letzte Hoffnung verloren habe. Das Schicksal hatte es mir genommen, was ich wünschte. Und gerade er mußte sein Leben fürs Vaterland opfern.

Und über das dünne, von tausend kleinen Falten und Fältchen zerrissene Gesicht, das dunkel gebrannt war, rannen aus den rotentzündeten Augen dicke Tränentropfen. Die Frau Marie Angelika Angstler lag in einem alten Lehnstuhle vor der zerbrochenen Lehnstühle, in der die Alte schon mehr als ein Lebensalter verlebt hatte.

Neben ihr stand Trude von Geblattel, die wohl noch das gleiche, tiefschwarze Haar hatte, das sie jetzt aber nicht mehr in Zöpfen trug. Ernster sah nun ihre Erscheinung aus, als wäre sie in diesem Jahre um mehrere gealtert.

Im Hintergrund versank die Sonne, ein Glutball in Lohefarbenem Dämmerrot.

„Jawohl Mütter müssen gleiches opfern."

Trude sagte es nicht, aber sie dachte es. Vermochte das Leid, das sie wollte, sie, sie und Gottes über Schicksal. Mütter darf es für nicht. Wenn man so ganz allein ist und nur warten muß, daß die Menschen gut zu einem sind, da muß man so betrübende Erfahrungen machen und oft harte Worte hören."

„Aber Mutter Angstler, ich komme doch gerne! Und wenn ich etwas tun kann, dann geschieht es!"

„Sie sind so gut! Ich weiß doch, daß auch die Rohrdelch mit ihren sechzehn auf Sie wartet. Und Sie helfen! Die Mehlreiter, die selbst wie eine Leiche im Bette liegt, hat auch drei Kleine und den Mann im Felde. Sie helfen immer Sie, wenn die Not eine Prüfung oder eine Heimsuchung bereit hat."

„Davon sollen Sie doch nicht immer sprechen. Aber soll ich Sie jetzt in die Hütte hineinfahren? Es beginnt kühl zu werden. Und dann wartet Bobby sicherlich schon auf mich."

So hatte Trude von Geblattel die alte gelähmte Frau erst noch in die Hütte gefahren, ihr erst noch in das Bett geholfen, ehe sie selbst nach Steinbach zurückkehrte.

Mit raschen Schritten eilte sie dahin und im Davonlaufen waren ihre Gedanken etwas in die Vergangenheit zurückgeirrt.

In den ersten Tagen nach der Kriegserklärung hatte sie kaum noch geglaubt, die Tage ertragen zu können. Da war eine Last auf ihr gelegen, die ihre Tränen brennend gemacht hatte. Dann hatte sie gelesen, wie das gewaltige Ringen von allen Opfer fordern mußte.

Zu erst hatte Trude wohl auch wie so viele Krankenpflegerin werden wollen. Aber Bobby hatte ihr damals abgeraten. „Laß das!" hatte er dabei gesagt. „So viele drängen sich dazu, so viele werden dann ihrer Pflicht überdrüssig werden. Du kannst hier ebenlogut, und vielleicht noch mehr helfen. Hilf denen tragen, die nur allein geblieben sind, weil sie die einzig Stütze für den Platz des Vaterlandes hingeben mußten."

Nun war sie froh, daß sie diesem Fingerzeig des Bruders gefolgt war.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853246-191801158/fragment/page=0002